

Regierungsratsbeschluss

vom 19. Juni 2007

Nr. 2007/1046

KR.Nr. A 076/2007 (DDI)

**Auftrag Fraktion FdP: Massnahmen im Bereich der Hausarztmedizin (16.05.2007);
Stellungnahme des Regierungsrates**

1. Vorstosstext

Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht zur Situation im Bereich der Hausarztmedizin im Kanton Solothurn durchzuführen und gestützt darauf im Rahmen eines Konzeptes rasch umsetzbare Massnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, der sinkenden Attraktivität des Hausarztberufes in der medizinischen Grundversorgung im Kanton Solothurn entgegenzuwirken und einem drohenden Ärztemangel in diesem Bereich vorzubeugen.

2. Begründung

Zur Sicherung einer qualitativ hoch stehenden medizinischen Grundversorgung der Bevölkerung braucht es unter anderem gut ausgebildete, kompetente Hausärzte. Nur noch zehn Prozent, der sich in Ausbildung befindlichen Ärzte, geben als Berufsziel Hausarzt an. Der Beruf des Hausarztes verliert zunehmend an Attraktivität. Aufgrund der demographischen Entwicklung der Ärzteschaft ist zudem zu befürchten, dass speziell im ländlichen Raum mittelfristig die medizinische Grundversorgung in Frage gestellt werden könnte, da keine Praxisnachfolgerinnen und -nachfolger zur Verfügung stehen.

Als konkrete Massnahme wäre namentlich die Möglichkeit zu prüfen, mittels Einrichtung und Unterstützung von entsprechenden Praktikumsstellen im Kanton Solothurn Jungärzten und Jungärztinnen einen fundierten Einblick in die Hausarztmedizin zu ermöglichen. Handlungsbedarf scheint auch im Bereich des ärztlichen Notfalldienstes gegeben zu sein.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Wir verfolgen die Entwicklung im Bereich der Grundversorgung auf kantonaler Ebene seit Jahren aufmerksam (vgl. u.a. RRB Nr. 2004/2015 vom 27. September 2004) und der Vorsteher des Departementes des Innern ist zusammen mit dem Gesundheitsamt diesbezüglich in engem Kontakt mit der Gesellschaft der Ärztinnen und Ärzte des Kantons Solothurn (GAeSO).

Im Sommer 2005 wurde von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) ein Projekt für medizinische Grundversorgung gestartet. Daraus resultierten am 26. Oktober 2006 die beiden GDK-Schlussberichte „Finanzierung spezifische Weiterbildung“ und „Notfalldienst: Massnahmen und Empfehlungen“. Der Kanton Solothurn liess zwecks Koordination bei den Bereichen für die Sitzung der Gesundheitsdirektorenkonferenz Nordwestschweiz vom 12. März 2007

traktandieren, musste aber feststellen, dass der Wunsch nach einer Harmonisierung innerhalb der Nordwestschweiz uneinheitlich ist.

Aufgrund dieser Ausgangslage beschloss der Vorsteher des Departementes des Innern, die Arbeitsgruppe „Hausarztmedizin“ einzusetzen, in welcher das Gesundheitsamt, die GAeSO, die Hausärzte Solothurn (HASO) und die Solothurner Spitäler AG (soH) mit je zwei Personen vertreten sind. Formell wurde die Arbeitsgruppe anlässlich einer Zusammenkunft mit der GAeSO am 7. Mai 2007 eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, prioritär Massnahmenvorschläge für eine Verbesserung der Situation in den Bereichen „Weiterbildung“ und „Notfalldienst“ vorzuschlagen. Dabei ist bezüglich Finanzen von folgenden Grundsätzen auszugehen: Für die Weiterbildung sehen wir durchaus ein beschränktes finanzielles Engagement des Kantons, hingegen möchten wir bezüglich Notfalldienst am gültigen System festhalten, wonach die Gestaltung der Tarife Sache der Vertragspartner (santésuisse und Leistungserbringer) ist.

Es ist aus der Optik einer guten Ausbildung zur hausärztlichen Grundversorgung und einer möglichen Wirkung auf die Übernahme von Landpraxen durchaus sinnvoll, der Assistenz in der Hausarztpraxis mehr Gewicht zu verleihen und diese zu fördern. Zudem sind im Bereich der Weiterbildung heute die Spiesse nicht gleich lang. Wer sich für ein Praktikum in einer Hausarztpraxis entscheidet, muss finanzielle Einbussen in Kauf nehmen. Dieser Systemmangel soll mit Hilfe des Kantons möglichst bald behoben werden. Es ist vorgesehen, bereits 2008 insgesamt 6 Stellen zu je 6 Monaten Praktikum zu unterstützen (total 36 Praxisassistenten-Monate). Damit würde der Kanton Solothurn den von der GDK ausgewiesenen Bedarf zur Aufrechterhaltung des heutigen schweizerischen Versorgungsniveaus anteilmässig abdecken. Bezüglich der konkreten Ausgestaltung hat die Arbeitsgruppe „Hausarztmedizin“ Vorschläge zu unterbreiten. Beispielsweise könnten im Interesse der Einfachheit die Praxisassistenten auch während des Praktikums in Hausarztpraxen von der soH angestellt bleiben und der Praxisinhaber bezahlt lediglich 2'000 bis 2'500 Franken an die Lohnkosten. Die Auswirkungen eines solchen Modells auf das Globalbudget der soH müssten vertieft geprüft werden.

Die Arbeitsgruppe „Hausarztmedizin“ befasst sich auch mit dem Notfalldienst. Insbesondere werden neue Formen des Notfalldienstes (z.B. das „Badener Modell“ mit einer dem Spital vorgelagerten Notfallpraxis) und die Optimierung der Notfallrayons geprüft.

Da es in der Arbeitsgruppe „Hausarztmedizin“ bereits um konkrete Massnahmen bzw. deren Umsetzung geht und auf gesamtschweizerischer Ebene Berichte vorliegen, soll darauf verzichtet werden, für den Kanton Solothurn einen Bericht zur Situation im Bereich der Hausarztmedizin verfassen zu lassen.

4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.



Yolanda Studer

Staatsschreiber – Stellvertreterin

Vorberatende Kommission

Sozial- und Gesundheitskommission

Verteiler

Departement des Innern, Gesundheitsamt (3); HS, HB, BS

Mitglieder Arbeitsgruppe Hausarztmedizin; Versand durch das Gesundheitsamt

Aktuarin SOGEKO

Traktandenliste Kantonsrat

Parlamentsdienste